

Mitteilung
des Ministeriums der Justiz und für Europa

Bericht über aktuelle europapolitische Themen

Schreiben des Ministeriums der Justiz und für Europa vom 22. April 2020:

Anbei übermittle ich Ihnen den Bericht an den Landtag über aktuelle europapolitische Themen für das 1. Quartal 2020.

Wolf
Minister der Justiz
und für Europa

Bericht an den Landtag von Baden-Württemberg**über aktuelle europapolitische Themen****1. Quartal 2020**

I. Aktuelle europapolitische Themen	2
1. COVID-19-Pandemie	2
2. Flüchtlingspolitik.....	5
3. Brexit	7
4. Konferenz zur Zukunft Europas	9
5. Rechtsstaatlichkeit.....	10
6. Europaministerkonferenz am 29. /30. Januar 2020	11
7. Erweiterung	12
8. Mehrjähriger Finanzrahmen 2021 bis 2027.....	13
II. Europapolitische Veranstaltungen	14
III. Europafähigkeit und Europakommunikation	16
IV. Ausschuss der Regionen (AdR)	19
V. Zusammenarbeit mit Frankreich	21
VI. Grenzüberschreitende Zusammenarbeit	23
VII. Makroregionale Strategien	26
VIII. Vier Motoren für Europa	28
IX. Europäische und internationale Zusammenarbeit / Auslandsreisen	29
X. Entwicklungspolitik	34

I. Aktuelle europapolitische Themen

Im ersten Quartal des Jahres 2020 standen zunächst der Brexit sowie die Ereignisse an der griechisch-türkischen EU-Außengrenze im Mittelpunkt des europapolitischen Interesses. Diese Themen wurden jedoch zunehmend in den Hintergrund gedrängt durch die Ausbreitung des Corona-Virus, dessen Eindämmung erst alle Mitgliedstaaten und dann auch die EU-Ebene immer mehr in Beschlag nahm.

1. COVID-19-Pandemie

Im Berichtszeitraum erfasste die Coronavirus-Pandemie sukzessive alle Mitgliedstaaten der EU und ihre Nachbarstaaten. Die Mitgliedstaaten sind für das Gesundheitswesen zuständig (vgl. Art. 168 AEUV). Zur Eindämmung der Ausbreitung des Virus wurden in den meisten Mitgliedstaaten weitreichende Einschränkungen des öffentlichen Lebens verfügt. Mit Fortdauer der Corona-Pandemie zeigen EU-weit Mitgliedstaaten, Regionen und Städte verstärkt aktive Solidarität: Etliche Mitgliedstaaten haben Schutzausrüstung nach Italien geliefert. In Deutschland werden schwerkranke Patienten aus Italien und Frankreich auf Intensivstationen behandelt; Kliniken in Baden-Württemberg haben bisher 23 Corona-Patienten aus der benachbarten französischen Region Grand-Est aufgenommen (Stand 31.03.2020).

Seit Mitte März 2020 ergriffen auch die EU-Institutionen eine Reihe von Maßnahmen, um die Zusammenarbeit zwischen den Mitgliedstaaten zu fördern und deren Tätigkeit zu unterstützen. Der Europäische Rat hat aufgrund der Pandemie eine erste Sondertagung via Videokonferenz am 10. März 2020 abgehalten und ist zu wöchentlichen Telefonschalten übergegangen. Die Staats- und Regierungschefs verständigten sich, gemeinsam an Maßnahmen in fünf Bereichen zu arbeiten: Eindämmung der Ausbreitung des Virus, Bereitstellung von medizinischer Ausrüstung, Förderung der Forschung, Bewältigung der sozioökonomischen Folgen und Rückreise von in Drittländern festsetzenden Bürgerinnen und Bürgern. Vgl. dazu auch die Gemeinsame Erklärung

zur COVID-19-Pandemie vom 26. März 2020, abrufbar unter:

https://www.consilium.europa.eu//media/43085/26-vc-euco-statement-de.pdf?utm_source=dsms-auto&utm_medium=email&utm_campaign=Gemeinsame+Erkl%C3%A4rung+der+Mitglieder+des+Europ%C3%A4ischen+Rates%2c+26.+M%C3%A4rz+2020.

Die Kommission legte zahlreiche Mitteilungen und Leitlinien mit Empfehlungen an die Mitgliedstaaten vor. Sie stützt sich dabei auf die Leitlinien des Europäischen Zentrums für die Prävention und die Kontrolle von Krankheiten (ECDC) und die Empfehlungen ihres neu eingesetzten Beraterstabs zu COVID-19.

Nachdem zahlreiche Mitgliedstaaten des Schengen-Raums vorübergehend Binnengrenzkontrollen und Einreisebeschränkungen wieder einführen, reagierte die Kommission mit der Vorlage von Leitlinien für Maßnahmen des Grenzmanagements. Sie sollen vor allem der besseren Koordinierung der Mitgliedstaaten untereinander dienen, ein reibungsloses Grenzmanagement gewährleisten und den Warenverkehr im Binnenmarkt aufrechterhalten. Sie schlug zudem die Einführung sogenannter Grüner Spuren (Sonderfahrspuren für Frachtverkehr) vor.

Seit dem 28. Februar hat die Kommission verschiedene gemeinsame Ausschreibungen veröffentlicht, um dringend benötigte Schutzausrüstungen, Beatmungsgeräte sowie Diagnosematerial zu beschaffen. Die am 15. März erlassene Durchführungsverordnung macht den Export von Schutzausrüstungen in Drittstaaten genehmigungspflichtig. Die Kommission will im Rahmen der Notfall-Reserve rescEU einen strategischen Vorrat an medizinischen Ausrüstungen wie Beatmungsgeräten und Schutzmasken anlegen. Am 24. März schlug die Kommission vor, die Anwendung der Medizinprodukte-Verordnung um ein Jahr zu verschieben, um Hersteller und Behörden zu entlasten.

Aus dem EU-Forschungsprogramm Horizont 2020 wurden 140 Mio. Euro für 17 Forschungsprojekte zur **Entwicklung eines Impfstoffes**

und von Medikamenten gegen COVID-19 mobilisiert. Zudem stellte die Kommission einem Tübinger Unternehmen eine Unterstützung von bis zu 80 Mio. Euro für die Entwicklung und Herstellung eines Impfstoffs in Aussicht.

Zur Bewältigung der **wirtschaftlichen Folgen** der Pandemie hat die Kommission die „Investitionsinitiative zur Bewältigung der Coronakrise“ aufgelegt. Nicht in Anspruch genommene Mittel aus den Strukturfonds in Höhe von 7,5 Mrd. Euro sollen für zusätzliche Strukturfonds-Projekte in den jeweiligen Mitgliedstaaten verbleiben. In Kombination mit der Kofinanzierung sollen so EU-weit 17,5 bis 18 Mrd. Euro an Strukturmitteln freigesetzt werden. Zusätzlich sollen 28 Mrd. Euro bislang nicht zugewiesener Strukturfondsmittel aus dem laufenden MFR für die Bekämpfung der Krise einsetzbar sein. Die Umschichtung von Mitteln innerhalb der bestehenden Programme wird vereinfacht; z.B. für die Unterstützung der Gesundheitssysteme, für Liquiditätshilfen für Unternehmen oder für befristete Unterstützung für nationale Kurzarbeitsregelungen.

Der Rat hat beschlossen, die allgemeine Ausweichklausel des Stabilitäts- und Wachstumspakts zu aktivieren. Sie ermöglicht den Mitgliedstaaten im Fall von außergewöhnlichen Ereignissen vorübergehend eine höhere Schuldenaufnahme abweichend von den Vorgaben des Paktes.

Die Europäische Investitionsbank (EIB) hat ein Paket vorgeschlagen, um Unterstützungsmaßnahmen in Höhe von rund 40 Mrd. Euro anzustoßen. Vorgesehen sind Überbrückungskredite, Zahlungsaufschübe sowie weitere Maßnahmen, um Liquiditäts- und Betriebsmitteleinschränkungen für KMU und mittelgroßen Unternehmen entgegenzuwirken. Dabei will die EIB-Gruppe mit Finanzpartnern in den Mitgliedsländern sowie mit den nationalen Förderbanken eng kooperieren und auch den auf KMU-Förderung spezialisierten Europäischen Investitionsfonds (EIF) einbeziehen.

Die Kommission beschloss am 16. März einen Befristeten Rahmen für staatliche Beihilfen, der den Mitgliedstaaten die Gewährung von fünf Arten von staatlichen Beihilfen ermöglicht:

- direkte Zuschüsse, rückzahlbare Vorschüsse oder Steuervorteile (bis zu 800 000 Euro pro Unternehmen);
- staatliche Garantien für Bankdarlehen an Unternehmen;
- vergünstigte öffentliche Darlehen an Unternehmen zur Deckung des unmittelbaren Betriebs- und Investitionsmittelbedarfs;
- Zusicherungen für Banken, die staatliche Beihilfen an die Realwirtschaft weiterleiten;
- kurzfristige Exportkreditversicherungen.

In der Folge genehmigte die Kommission verschiedene krisenbedingte Beihilferegelungen der Mitgliedstaaten.

2. Flüchtlingspolitik

Nachdem sich die Kampfhandlungen in Idlib / Syrien immer mehr zuspitzten, teilte die türkische Regierung am 29. Februar 2020 unvermittelt mit, dass sie Migranten, die in die EU wollen, nicht aufhalten werde. Seit dem Flüchtlingsabkommen der EU mit der Türkei vom März 2016 kontrollierte die Türkei ihre Grenzen zu Griechenland und Bulgarien verstärkt, um Flüchtlinge und Migranten am Grenzübertritt zu hindern. In den folgenden Tagen waren verstärkte Flüchtlingsströme an die griechische Grenze zu beobachten. Die griechische Regierung kündigte an, ihre Grenzen zu schützen und innerhalb von einem Monat keine neuen Asylanträge mehr anzunehmen. Kommissionspräsidentin von der Leyen sagte Griechenland am 3. März 2020 700 Mio. Euro zur Bewältigung der aktuellen Situation an der Außengrenze zu.

Auch der EU-Katastrophenschutzmechanismus wurde auf Bitten Griechenlands aktiviert. Über diesen Weg können EU-Staaten Unterkünfte,

Zelte, medizinische Teams und Ausrüstung nach Griechenland schicken. Die EU-Agentur für Grenz- und Küstenschutz Frontex entsandte ein Grenzinterventionsteam nach Griechenland (100 Grenzschützer zusätzlich zu den bereits 530 Frontex-Beamten vor Ort). Zusätzlich wurden Schiffe, Flugzeuge, Helikopter und Wärmebildkameras angefordert. Auf Vermittlung der Kommission erklärten sich Deutschland, Finnland, Frankreich, Irland, Kroatien, Luxemburg und Portugal zur Aufnahme von 1.600 unbegleiteten Kindern aus Flüchtlingslagern auf den griechischen Inseln bereit, um Griechenland zu entlasten.

Nach Gesprächen der EU-Spitzen und von Bundeskanzlerin Merkel, dem französischen Präsidenten Macron und dem britischen Premierminister Johnson mit dem türkischen Präsidenten Erdogan wurde vereinbart, das Flüchtlings-Abkommen zwischen der EU und der Türkei zu aktualisieren. Im Gespräch sind zusätzliche Hilfen für die Unterbringung der Flüchtlinge in der Türkei und neue Verhandlungen über eine Ausweitung der Zollunion zwischen der EU und der Türkei. Im Zuge der Corona-Krise wurden ab dem 13. März 2020 für zunächst 30 Tage Einreiseperrren für Drittstaatsangehörige in die EU verhängt und auch die Aufnahme von Flüchtlingen gestoppt.

Bewertung

Es ist wichtig, dass – anders als bei der Flüchtlingskrise 2015 – alle Mitgliedstaaten an einer Problemlösung mitarbeiten und sich eng abstimmen. Griechenland und Bulgarien brauchen die Unterstützung der gesamten EU. Die EU darf auch die Türkei nicht allein lassen, soweit es um die Aufnahme und Unterbringung von insbesondere syrischen Kriegsflüchtlingsen geht. Das Abkommen EU-Türkei war und ist in seinem Kerngedanken richtig. Die Türkei bleibt ein wichtiger Partner, um tragfähige Lösungen in der Flüchtlingspolitik zu finden. Die EU-Mitgliedstaaten hatten durch das EU-Türkei-Abkommen 2016 Zeit gewonnen, um das Gemeinsame Europäische Asylsystem zu reformieren. Leider gab es nur Fortschritte in Teilbereichen (z.B. Einigung Aufstockung Frontex auf 10.000 Grenzschützer bis 2027). Kernproblem bleibt, dass

sich die Mitgliedstaaten weiter nicht auf eine Verteilung von Flüchtlingen aus den Ersteinreisestaaten verständigen können. Daher ist es richtig und wichtig, dass die von der Leyen-Kommission einen neuen Migrations- und Asylpakt sowie begleitende Legislativvorschläge vorlegen will.

3. Brexit

Das Vereinigte Königreich (VK) ist mit Ablauf des 31. Januar 2020 aus der EU ausgetreten. Nach Zustimmung des britischen Unterhauses am 9. Januar 2020 zum Brexit-Gesetz und erfolgter Zustimmung des britischen Oberhauses am 22. Januar 2020 wurde das überarbeitete Austrittsabkommen zwischen der EU und dem VK durch königliche Zustimmung zum Brexit-Gesetz am 23. Januar 2020 in VK angenommen. Im Brexit-Gesetz ist festgelegt, dass dem britischen Parlament keine Befugnisse hinsichtlich der Verhandlungen über die künftigen Beziehungen und Vereinbarungen zustehen. Das Europäische Parlament billigte am 29. Januar 2020 das Austrittsabkommen. Der Rat nahm am 30. Januar 2020 den Beschluss über den Abschluss des Abkommens im Namen der EU formell an.

Am 1. Februar 2020 trat das Austrittsabkommen in Kraft. Darin ist eine Übergangsphase bis 31. Dezember 2020 vorgesehen, in der VK weiterhin als Mitgliedstaat der EU gilt, ohne über Mitbestimmungsrechte in den EU-Gremien zu verfügen. Es besteht eine einmalige ein- oder zweijährige vertragliche Verlängerungsmöglichkeit, auf die sich beide Seiten bis 1. Juli 2020 einigen müssten. Bisher hat sich VK ausdrücklich dagegen ausgesprochen und dies auch gesetzlich verankert. Premierminister Johnson hatte zudem mit Abbruch der Verhandlungen gedroht, sollten sich bis zum Sommer keine Fortschritte ergeben. Europaabgeordnete wie der Vorsitzende des Ausschusses für Auswärtige Angelegenheiten David McAllister und Vizepräsidentin Katharina Barley haben sich aufgrund der Corona-Krise bereits für eine Verlängerung der Austrittsfrist über das Jahresende hinaus ausgesprochen.

Der Rat hat am 25. Februar die Kommission förmlich zur Aufnahme von Verhandlungen für die zukünftige Partnerschaft mit VK als Verhandlungsführer der EU ermächtigt. Zudem beschloss der Rat die von EU-Chefunterhändler Michel Barnier am 3. Februar vorgeschlagenen Verhandlungsrichtlinien, die als Mandat für die Verhandlungen dienen. Die Verhandlungsrichtlinien bauen auf der politischen Erklärung auf und sehen die Abschnitte allgemeine Vereinbarungen, eine Wirtschafts- sowie eine Sicherheitspartnerschaft vor. Vorgesehen sind zudem eine justizielle Zusammenarbeit in Strafsachen, bei Strafverfolgung und in der Justiz sowie die Teilnahme an Programmen der EU (z. B. in Bereichen wie Wissenschaft und Innovation, Jugend, Kultur und Bildung, Entwicklungszusammenarbeit und internationale Zusammenarbeit, Verteidigungsfähigkeiten oder Katastrophenschutz).

Die britische Regierung stellte am 27. Februar ihr Verhandlungsmandat vor. Ihr Verhandlungsführer ist David Frost.

Die erste Verhandlungsrunde zum zukünftigen Verhältnis fand vom 2. bis 5. März in Brüssel statt. Es wurden elf Verhandlungstische eröffnet und zu allen Themen parallel verhandelt. Die Kommission legte am 12. März einen Textentwurf für ein umfangreiches Partnerschaftsabkommen vor, der das Verhandlungsmandat konkretisiert. Er wurde von den EU-27 unterstützt. Der Titel zu Außenpolitik, Sicherheit und Verteidigung ist aufgrund der Weigerung von VK, zu diesem Themenbereich zu verhandeln, in einem gesonderten Dokument vorgesehen. Das VK kündigte ebenfalls die Veröffentlichung eines Entwurfs an. Die für den 18. bis 20. März vorgesehene zweite Verhandlungsrunde wurde aufgrund des Ausbruchs von Covid-19 in Europa abgesagt. Die erste Sitzung des Gemeinsamen Ausschusses zwischen der Kommission und VK fand als informelles Treffen per Telefonkonferenz am 30. März statt. Angesprochen wurden die Rechte der Bürger sowie das Nordirland-Protokoll. Der Gemeinsame Ausschuss hat die Funktion, die Umsetzung der Regelungen des Austrittsabkommens zu begleiten, wobei Mitgliedstaaten Beobachterstatus erhalten können. Chefunterhändler Michel Barnier ist an

Covid-19 erkrankt. Bisher ist kein Termin zur Fortsetzung der Verhandlungen bekannt.

Bewertung:

Auch nach dem Brexit bleibt das Vereinigte Königreich ein wichtiger Nachbar. Baden-Württemberg hat großes Interesse an einem engen wirtschaftlichen, wissenschaftlichen und gesellschaftlichen Austausch. Der Zeitplan für den Abschluss eines Freihandelsabkommens ist äußerst eng, das Abkommen müsste bis Oktober/ November 2020 geeint sein, um den Ratifizierungsprozess bis Ende 2020 abzuschließen. Dies ist aufgrund der Erfahrungen der Verhandlungsdauer von umfassenden Freihandelsabkommen nicht realistisch. Aufgrund der Coronakrise besteht die Möglichkeit, dass Premierminister Johnson seine harte Haltung zu einer Verlängerung des Übergangszeitraums doch noch ändert. Die erste Verhandlungsrunde machte die weit auseinanderliegenden Positionen von EU und VK deutlich. Die EU strebt ein Freihandelsabkommen mit Garantien an, um Sozial-, Umwelt- und Steuerdumping auszuschließen; VK stellt sich ein Abkommen nach Vorbild von CETA vor. Streitpunkte werden voraussichtlich der Zugang zu Fischereiquoten und die Bindung an sich ändernde EU-Standards sein, aber auch Finanzdienstleistungen und die Streitbeilegung unter Anerkennung der EuGH-Gerichtsbarkeit. Der Kommissionsvorschlag für das Partnerschaftsabkommen ist als Verhandlungsposition zur Weiterentwicklung gedacht, um aufgrund des knappen Verhandlungszeitraums möglichst schnell auf präziser Textgrundlage zu arbeiten.

4. Konferenz zur Zukunft Europas

Die Kommission hat am 22. Januar 2020 ihre Vorschläge zur Gestaltung der Konferenz zur Zukunft Europas vorgelegt (vgl. hierzu die separate Unterrichtung des JuM zur Kommissionsmitteilung „Gestaltung der Konferenz zur Zukunft Europas“ Drs. 16/7805).

Das Justiz- und Europaministerium hat zur Kommissionsmitteilung im EU-Ausschuss des Bundesrates als Mit Antragsteller einen Bundesrats-

Beschluss initiiert (vgl. BR-Beschluss BR-Drs. 37/20(B) vom 13.03.2020). Darin fordern die Länder eine Beteiligung der regionalen Ebene und eine frühzeitige Einbindung der nationalen Parlamente. Bei der Zukunftskonferenz sollte auch über die Möglichkeiten zur Stärkung der Mitwirkungsrechte der nationalen Parlamente diskutiert werden. Der Bundesrat bekräftigt seine Forderung nach einer Verlängerung der Frist für die Einreichung begründeter Stellungnahmen („Subsidiaritätsrügen“), um den nationalen Parlamenten eine effizientere Kontrolle zu ermöglichen. Er regt an, bei der Auswahl der Teilnehmerinnen und Teilnehmer an Bürgerdialogen auf eine möglichst große Bandbreite unterschiedlicher Standpunkte zu achten. Im Länderkreis fand auch ein Zusatzantrag Baden-Württembergs eine Mehrheit, der die Erfahrungen des BW Europadialogs 2018 aufgreift und auf die in mehreren Regionen erfolgreich erprobten Bürgerdialoge mit Zufallsbürgerinnen und -bürgern sowie die wertvolle Kombination von Bürgerforen und Expertenforen hinweist.

5. Rechtsstaatlichkeit

Herr Minister Wolf hat als Ausschussvorsitzender eine politische Sondersitzung des EU-Ausschusses des Bundesrates am 5. März 2020 in Berlin angesetzt, in deren Mittelpunkt das Thema Rechtsstaatlichkeit in der EU stand. Gäste waren EU-Justizkommissar Didier Reynders sowie der Staatsminister im Auswärtigen Amt Michael Roth. Minister Wolf nutzte die Gelegenheit, die Länderanliegen aus dem vom JuM initiierten BR-Beschluss vom 21. September 2019 aufzugreifen (vgl. BR-Drs. 326/19(B) sowie den europapolitischen Bericht 2019/III). Er betonte, dass in Deutschland die Länder für die Justizorganisation zuständig sind, und erinnerte an die Forderungen des Bundesrates, die Länder frühzeitig in den geplanten Rechtsstaatlichkeits-Zyklus und insbesondere das Netzwerk nationaler Kontaktstellen einzubinden. Minister Wolf sprach zudem die Chancen der aus seiner Sicht begrüßenswerten Rechtsstaatskonditionalität im nächsten Mehrjährigen EU-Finanzrahmen (MFR) an.

Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen hat die Mitgliedstaaten mit Blick auf ihre Notfallmaßnahmen wegen der Corona-Pandemie zur Einhaltung der europäischen Grundwerte aufgerufen. „Es sei äußerst wichtig, dass die Notfallmaßnahmen nicht auf Kosten unserer in den Verträgen verankerten Grundprinzipien und Werte gehen. Demokratie könne ohne freie und unabhängige Medien nicht funktionieren. Die Achtung der Meinungsfreiheit und der Rechtssicherheit sind in diesen unsicheren Zeiten von wesentlicher Bedeutung“, so von der Leyen. Hintergrund dieser Äußerung dürften die Notstandsgesetze in Ungarn sein. Die ungarische Regierung hat am 11. März 2020 für zunächst 15 Tage den Notstand ausgerufen. Am 30. März hat das Parlament einem Gesetzentwurf der Regierung zugestimmt, der die Notstandsgesetze verlängert und die Regierung dazu ermächtigt, außerordentliche Maßnahmen per Dekret einzuführen. Die Notstandsgesetze enthalten keine zeitliche Befristung; das Parlament soll bei Ende des Notfalls die entsprechende Entscheidung treffen. Durch den Notstand sollen in Ungarn auch mehrjährige Gefängnisstrafen für die Verbreitung von „Falschnachrichten“ ermöglicht werden. Die Kommission kündigte an, das endgültig verabschiedete Gesetz zu analysieren und die Anwendung durch die Regierung weiter zu beobachten.

6. Europaministerkonferenz am 29. /30. Januar 2020

Herr Minister Wolf nahm an der 82. Europaministerkonferenz (EMK) am 29. und 30. Januar 2020 unter rheinland-pfälzischem Vorsitz in Brüssel teil. Die Europaministerinnen und -minister der Länder tauschten sich u. a. mit der Exekutiv-Vizepräsidentin der Kommission Margrethe Vestager zum Thema EU-Industrie- und Wettbewerbspolitik aus. Zu Gast war auch Kommissions-Vizepräsidentin Dubravka Šuica zum Thema Zukunftskonferenz; hierzu legte die EMK in einem Beschluss eine gemeinsame Position der Länder fest. Ferner fasste die EMK einen Beschluss zu Verbesserungsbedarf bei sog. „A1-Bescheinigungen“. Weitere Themen der Sitzung waren der Brexit, die MFR-Verhandlungen sowie ein

Austausch zu zielgruppenspezifischer EU-Öffentlichkeitsarbeit mit Intendant Limbourg von der Deutschen Welle und Präsident Boudgoust von Arte.

7. Erweiterung

Die Kommission hat am 5. Februar 2020 einen erneuerten Ansatz für die Erweiterungspolitik in Bezug auf die Staaten des westlichen Balkans vorgeschlagen. Sie will die Glaubwürdigkeit des Beitrittsprozesses erhöhen durch eine Fokussierung auf wesentliche Reformen in Kernbereichen wie der Rechtsstaatlichkeit, der Funktionsweise der demokratischen Institutionen und der öffentlichen Verwaltung sowie der wirtschaftlichen Entwicklung in den Kandidatenländern. Werden die Beitrittskriterien erfüllt, müssen die Mitgliedstaaten nach Ansicht der Kommission bereit sein, die nächste Phase des Beitrittsprozesses einzuleiten. Zudem will die Kommission eine stärkere politische Steuerung etwa durch regelmäßige Gipfeltreffen und Ministertreffen erreichen sowie die Mitgliedstaaten systematischer in die Überwachung des Beitrittsprozesses einbeziehen. Die Verhandlungskapitel sollen in sechs thematische Cluster zusammengefasst werden und die Verhandlungen jeweils zu einem Cluster aufgenommen werden. Die Kommission erhofft sich hierdurch mehr Dynamik für den Verhandlungsprozess. Die Verhandlungen zu den wesentlichen Elementen sollen als erste eröffnet und als letzte abgeschlossen werden; die Fortschritte bei diesen Verhandlungen sollen das Tempo der Verhandlungen insgesamt bestimmen. Bei einem Stillstand oder Rückschritt bei der Umsetzung der Reformen sollen die Verhandlungen in bestimmten Bereichen oder insgesamt ausgesetzt oder bereits abgeschlossene Kapitel wiedereröffnet werden. Zudem soll der Zugang zu EU-Programmen zeitweise oder endgültig rückgängig gemacht oder der Umfang und die Intensität der EU-Finanzierung nach unten angepasst werden.

Der Europäische Rat stimmte am 26. März 2020 dem erneuten Vorschlag der Kommission zu, Beitrittsverhandlungen mit Albanien und

Nordmazedonien aufzunehmen. Ein konkreter Termin für die Aufnahme der Beitrittsverhandlungen steht noch nicht fest. Die Aufnahme der Beitrittsverhandlungen ist bei Albanien an die Erfüllung von Auflagen geknüpft, u.a. die bereits begonnene Reform des Wahlrechts, die Verstärkung der Maßnahmen zur Korruptionsbekämpfung und Maßnahmen gegen unbegründete Asylanträge von albanischen Staatsbürgern.

Bewertung: Albanien und Nordmazedonien wird mit der bevorstehenden Aufnahme von Beitrittsverhandlungen nun ein weiterer Schritt in Richtung Beitritt eröffnet. Bedingung für einen Beitritt bleibt weiterhin die vollständige Erfüllung der Beitrittskriterien. Die Kommission hat mit ihrer Mitteilung zum Beitrittsverfahren v. a. auf das Veto des französischen Präsidenten Macron beim Europäischen Rat im Dezember 2019 reagiert. Der neue Verhandlungsansatz der Kommission verstärkt den bisherigen Ansatz, von Beginn an auf Reformen in Kernbereichen wie Rechtsstaatlichkeit hinzuwirken, und eröffnet eine stringenteren Kontrolle mit der Möglichkeit der Aussetzung oder Wiederöffnung bereits abgeschlossener Verhandlungen bei Rückschritten in zentralen Bereichen. Baden-Württemberg wird die Staaten des Westbalkans auch weiterhin bei der Heranführung an die EU begleiten.

8. Mehrjähriger Finanzrahmen 2021 bis 2027

Der Präsident des Europäischen Rates, Charles Michel, hatte die Staats- und Regierungschefs am 20. / 21. Februar 2020 zu diesem Sondergipfeltreffen versammelt, um eine Einigung über den nächsten Mehrjährigen Finanzrahmen (MFR) zu erreichen. Zuvor hatte er einen Kompromissvorschlag vorgelegt, der jedoch keine Zustimmung fand. Wie schon der Vorschlag der finnischen Ratspräsidentschaft vom 2. Dezember 2019 sah sein Vorschlag ein Volumen von 1,07 % des Bruttonationaleinkommens (BNE) der EU-27 vor. Innerhalb des Haushaltsrahmens hätten sich verhältnismäßige Verbesserungen der Anteile für die Gemeinsamen Agrarpolitik und die Kohäsionspolitik zulasten eines relativ geringeren Anteils für Bereiche wie Forschung/Innovation, Digitales,

Migration, Außenbeziehungen etc. ergeben. Hauptstreitpunkt war jedoch weiterhin die Höhe des MFR.

Beim regulären Europäischen Rat am 26. März 2020 in einer Videokonferenz haben viele Staats- und Regierungschefs darauf gedrungen, dass auch der MFR 2021-2027 beim Wiederaufbau nach der Coronakrise eine wichtige Rolle spielen soll. Kommissionspräsidentin von der Leyen kündigte daraufhin am 28. März an, den MFR-Vorschlag der Kommission vom Mai 2018 zu überarbeiten.

II. Europapolitische Veranstaltungen

Neujahrsempfang und auswärtige Kabinettsitzung am 20./21. Januar 2020

Im Rahmen des Neujahrsempfangs am Abend des 20. Januar 2020 wurde vor zahlreichen Gästen aus den europäischen Institutionen, darunter auch EZB-Präsidentin Christine Lagarde, und Partnern aus anderen europäischen Ländern und Regionen sowie aus Wissenschaft, Wirtschaft und Nicht-Regierungsorganisationen erneut eindrücklich das europapolitische Engagement Baden-Württembergs unterstrichen.

Am 21. Januar diskutierten die Mitglieder der Landesregierung im Rahmen der auswärtigen Kabinettsitzung mit externen Gästen Aspekte der europäischen Integration: mit MdEP Daniel Caspary, Vorsitzender der CDU/CSU-Gruppe im EU-Parlament, und MdEP Sven Giegold, Vorsitzender der deutschen Europagruppe der Grünen im EU-Parlament, ging es v.a. um das Thema Politische Agenda der EU 2020-2025; mit Stefanie Hiesinger, Mitglied im Kabinett des Exekutiven Vizepräsidenten Timmermans („European Green Deal“ und Klima) wurde das Thema European Green Deal diskutiert.

Gespräche von Herrn Minister Wolf in Brüssel

Im Anschluss an die Kabinettsitzung am 21. Januar führte Minister Wolf bilaterale Gespräche: Im Gespräch mit EU-Justizkommissar Didier

Reynders stellte Herr Minister Wolf die rechtspolitischen Anliegen des Justiz- und Europaministeriums vor. Mit Astrid Dentler, Mitglied im Kabinett von Kommissions-Vizepräsidentin Suica, diskutierte Herr Minister Wolf Fragen der anstehenden Konferenz zur Zukunft Europas und betonte insbesondere die Bereitschaft Baden-Württembergs, seine Erfahrungen aus dem Europadialog einzubringen.

Richtfest im Erweiterungsbau der LV Brüssel am 11. - 13. Februar 2020

Herr Minister Wolf und die kommissarische Abteilungsleiterin beim VBA Mannheim und Heidelberg, Sandra Albiez, feierten am 11. Februar 2020 mit den am Bau Beteiligten das Richtfest für die Erweiterung der Vertretung des Landes bei der EU. Sie dankten damit den Handwerkerinnen und Handwerkern für die gute Arbeit. „Der Rohbau steht und wir haben einen wichtigen Meilenstein erreicht. Mit dem Rohbau zeigt sich die Dimension der neuen räumlichen Möglichkeiten. Mit dem Gebäude investieren wir in eine starke und erfolgreiche Europapolitik unter dem Dach des Landes“, so Herr Minister Wolf.

„Das anspruchsvolle Bauvorhaben an der Rue Belliard – einer der Hauptachsen im EU-Viertel – lässt sich im Vorbeigehen nur mit gezieltem Blick erfassen: Hinter der historischen Fassade des ehemaligen Hôtel de Maître aus dem Jahr 1872 entsteht auf dem nur 17m breiten und 65m tiefen Grundstück ein großzügiger und mit der benachbarten Landesvertretung eng vernetzter Gebäudekomplex“ erklärte Sandra Albiez.

Auf dem Grundstück entstehen ein sechsgeschossiges Bürogebäude sowie ein Veranstaltungsbereich im Erdgeschoss mit einem großen Saal für 300 Personen. Die Obergeschosse werden vermietet, und die ersten vier Geschosse werden vom Goethe-Institut bezogen, das damit an seinen angestammten Sitz in Brüssel zurückkehrt. Der Erweiterungsbau eröffnet völlig neue Optionen, die Präsenz Baden-Württembergs in Brüssel weiter zu stärken. „Unser Engagement in Brüssel ist auch unser

Bekenntnis als starke Region für ein starkes Europa“, so Herr Minister Wolf.

Es entstehen offene und moderne Räumlichkeiten, die den vielfältigen Nutzungsmöglichkeiten einen zeitgemäßen Rahmen geben. Im Inneren des Gebäudekomplexes wird durch die Einfügung eines Gartenhofs erreicht, dass alle Räume im Erdgeschoss über eine natürliche Belichtung und einen Außenbezug verfügen. Für den Neubau wurde ein innovatives Energiekonzept entwickelt. So gewinnt das Gebäude nahezu den gesamten Bedarf an Heiz- und Kühlenergie über Geothermie.

Bedingt durch die COVID-19-Pandemie herrscht seit 19. März 2020 ein Baustopp bei den Arbeiten am Erweiterungsbau.

III. Europafähigkeit und Europakommunikation

Dynamischer Europapool

Treffen der Neumitglieder des Dynamischen Europapools am 16. Januar 2020

Zum ersten Neumitgliedertreffen im Jahr 2020, das am 16. Januar im Ministerium der Justiz und für Europa stattfand, kamen 12 neue Mitglieder des Dynamischen Europapools zusammen. Nach kurzer Vorstellung des Europabereichs sowie der Gäste, hatten die Mitglieder die Gelegenheit, sich untereinander zu vernetzen.

Erfahrungsaustausch der Länder am 21. Januar 2020 in der Landesvertretung Berlin

Im Januar 2020 wurde der Ende 2018 auf Initiative des Ministeriums der Justiz und für Europa eingeführte Austausch mit den für europäische Versendungen zuständigen Kolleginnen und Kollegen aus den Ländern fortgeführt. Die Zusage von 22 Teilnehmerinnen und Teilnehmern zeigte das große Interesse an diesem Treffen. Neben diversen Themen wie beispielsweise das Verfahren bei Twinning-Programmen, beim Programm „Nationaler Sachverständiger in beruflicher Weiterbildung (NSBW)“ wurden insbesondere die Länderpraxis im Hinblick auf den

Einfluss von Auslandsverwendungen auf Beurteilungen sowie adäquate Anschlussverwendung von Rückkehrern diskutiert. Als Gäste konnten Personalverantwortliche aus dem Bundesministerium für Finanzen und dem Bundesministerium für Bildung und Forschung gewonnen werden, die im jährlichen Bericht der Bundesregierung zur internationalen Personalpolitik als „Best Practice“-Beispiele genannt wurden. Ihre Erfahrungsberichte und der Austausch mit den Länderkolleginnen und -kollegen brachten wertvolle Impulse für alle Teilnehmenden.

Ministerratsbeschluss am 21. Januar über die Weiterentwicklung des Dynamischen Europapools

Ziel der Kabinettsvorlage war es, Eckpunkte für besonders wichtige Themen zur Fortentwicklung des Dynamischen Europapool festzulegen und dafür erforderliche Maßnahmen anzustoßen. In diesem Zusammenhang wurden die Ressorts unter Federführung des Ministeriums der Justiz und für Europa beauftragt, ein gemeinsames Konzept für die verstärkte strategische Ausrichtung von Entsendungen im Rahmen des Dynamischen Europapools zu entwickeln, das Rückkehrkonzept zu optimieren sowie Möglichkeiten zu erschließen, dass Verwendungen im Rahmen des Dynamischen Europapools bei Beurteilungen und Auswahlentscheidungen entsprechend berücksichtigt werden. Darüber hinaus wurde einem zwischen allen Häusern abgestimmten Kriterienkatalog zur Einstufung der Teilnahme von Pool-Veranstaltungen zugestimmt.

Das Ministerium der Justiz und für Europa wurde beauftragt, dem Ministerrat binnen eines Jahres nach Beschlussfassung Bericht darüber zu erstatten.

Europaöffentlichkeitsarbeit

Neujahrsempfang der Europaverbände

Am 26. Januar 2020 fand auf Einladung von Minister Wolf zusammen mit den Europaverbänden (Netzwerk Europäische Bewegung Baden-Württemberg, die Jungen Europäer - JEF Baden-Württemberg und Europa-Union Baden-Württemberg) der Neujahrsempfang der Europaverbände statt. Der Empfang wird im jährlichen Wechsel vom Landtag und vom Europaministerium ausgerichtet. In diesem Jahr übernahm das Ministerium die Ausrichtung im Weißen Saal des Neuen Schlosses. Es waren ca. 300 Gäste vor Ort.

Europa-Netzwerktreffen

Das Ministerium der Justiz und für Europa hat am 3. März 2020 zum Netzwerktreffen in Stuttgart eingeladen. Es handelt sich um ein Format, das Europa-Aktive des ganzen Landes zusammenführt. Thema war die diesjährige deutsche Ratspräsidentschaft. Als Redner konnten Vertreter aus der EU-Kommission, dem Europäischen Parlament und dem Bundeswirtschaftsministerium gewonnen werden.

Straßburg-Studienfahrt mit den Gewinnerinnen und Gewinnern aus dem Fotowettbewerb 2019 „Kalender 2020“

Verschoben aufgrund des Corona-Virus.

Kooperationen

Europa Zentrum Baden-Württemberg

Einer Nürtinger Schulklasse wurde Mitte Januar eine eintägige Fahrt nach Straßburg ermöglicht. Programmpunkte der Reise waren u. a. der Besuch des Europäischen Parlaments sowie ein Gespräch mit einem Abgeordneten des Europäischen Parlaments.

Internationales Forum Burg Liebenzell e. V.

Zum Thema „Europas Werte - Demokratie und Menschenrechte“ wurden vom Internationalen Forum Burg Liebenzell e. V. in Kooperation mit dem

Ministerium der Justiz und für Europa Baden-Württemberg zwei Seminare für Jugendliche im Alter von 15 bis 17 Jahren im Februar und März 2020 mit insgesamt 89 Teilnehmerinnen und Teilnehmern durchgeführt.

„Europa: Bunt, vielfältig und ideenreich“ - Ausschreibung einer Förderung für Kommunen und Landkreise

Ziel der ausgeschriebenen Förderung ist es, möglichst viele Kommunen und Landkreise zu Projekten zu ermuntern, die der Verbreitung des Europäischen Gedankens dienen. Die Projekte sollen nach Möglichkeit im Rahmen der diesjährigen deutschen EU-Ratspräsidentschaft durchgeführt werden. Die Ausschreibung ist bewusst offengehalten, um möglichst viele unterschiedliche Projekte in zahlreichen Formaten für diverse Adressatenkreise zu generieren. Die Ausschreibungsfrist wurde vom 31. März auf 22. April 2020 verlängert.

Ehrung ehrenamtlich engagierter Personen im Bereich „Frieden und Freundschaft in Europa“ mit der Staufermedaille

Im Jahr 2020 sollen zum siebten Mal mit der Staufermedaille Bürgerinnen und Bürger geehrt werden, die sich in einem europäischen Kontext ehrenamtlich in Baden-Württemberg engagieren. Mitte Februar wurde die Ausschreibung über die Kommunalen Landesverbände an die baden-württembergischen Städte, Gemeinden und Landkreise mit der Bitte um Einreichung von geeigneten Vorschlägen weitergeleitet. Der Ehrungsabend ist für den 19. Oktober 2020 vorgesehen.

IV. Ausschuss der Regionen (AdR)

Am 11. und 12. Februar 2020 fand die konstituierende Sitzung des Europäischen Ausschusses der Regionen (AdR) für die Mandatsperiode 2020 bis 2025 statt. Infolge des Brexit wurde der AdR von 350 auf 329 Mitglieder verkleinert. In der Mandatsperiode 2020 bis 2025 kann Baden-Württemberg zwei AdR-Mitglieder und zwei Stellvertretende AdR-Mitglieder entsenden. Europaminister Guido Wolf MdL und Landtagspräsidentin Muhterem Aras MdL gehören dem AdR als Mitglieder an,

Stellvertretende Mitglieder sind Prof. Dr. Wolfgang Reinhart MdL und Josha Frey MdL. Insgesamt besteht die deutsche Delegation aus 24 Mitgliedern und 24 Stellv. Mitgliedern. Der Oberbürgermeister von Mannheim, Peter Kurz, vertritt den Deutschen Städtetag als Stellvertretendes Mitglied.

Zum neuen AdR-Präsidenten wählte das Plenum Apostolos Tzitzikostas, Gouverneur der griechischen Region Zentralmakedonien. Zum Ersten Vizepräsidenten wurde Vasco Alves Cordeiro, Ministerpräsident der Regionalregierung der Azoren (Portugal), gewählt. Der bisherige AdR-Präsident Karl-Heinz Lambertz (Belgien) wurde zum Ehrenpräsidenten ernannt. Auch das AdR-Präsidium wurde neu gewählt. Zur Mitte der Mandatsperiode erfolgt turnusgemäß eine Neuwahl aller Ämter. Neu gewählter Vorsitzender der deutschen Delegation ist Staatssekretär Mark Speich (Nordrhein-Westfalen).

Das AdR-Plenum setzte erneut sechs Fachkommissionen ein, deren Bezeichnung und inhaltlicher Zuschnitt weitgehend der vergangenen Mandatsperiode entspricht. Herr Minister Wolf wird erneut den Fachkommissionen CIVEX (Unionsbürgerschaft, Regieren, institutionelle Fragen und Außenbeziehungen) und COTER (Kohäsion und EU-Haushalt) angehören. Frau Landtagspräsidentin Aras ist Mitglied der Fachkommissionen ECON (Wirtschaftspolitik) und ENVE (Umwelt, Klimawandel und Energie).

Im Mittelpunkt der inhaltlichen Beratungen der Plenarsitzung stand die Konferenz zur Zukunft Europas. Die Vizepräsidentin der Kommission Dubravka Šuica erläuterte den Planungsstand und die Ziele der Kommission. Sie sagte zu, sich für eine angemessene Beteiligung des AdR und der Regionen an der Zukunftskonferenz einzusetzen. Ein wichtiger Teil der Konferenz seien die geplanten dezentralen Bürgerdialoge, bei denen die Kommunen und Regionen ein unverzichtbarer Partner seien. Die Kommission erarbeite einen Feedback-Mechanismus, um die Ergebnisse dieser Bürgerdialoge in den Prozess einzuspeisen. Der AdR

nahm eine EntschlieÙung zur Zukunftskonferenz an, zu der Herr Minister Wolf mehrere Änderungsanträge erfolgreich einbrachte: So konnte er erreichen, dass der AdR hinsichtlich der geplanten Bürgerbeteiligung das Modell der Kombination aus Bürgerdialogen mit zufällig ausgewählten Bürgerinnen und Bürgern und Expertenforen empfiehlt, das beim Europadialog Baden-Württemberg erfolgreich angewandt wurde. Zudem spricht sich der AdR nun für eine gleichberechtigte Vertretung der zweiten Kammern der nationalen Parlamente an der Konferenz aus, die in vielen Mitgliedstaaten aus Repräsentanten der regionalen Gebietskörperschaften bestehen. Auf Initiative von Herrn Minister Wolf nahm der AdR in die Liste der aus seiner Sicht zu behandelnden Themen der Konferenz die künftige Rolle der lokalen und regionalen Selbstverwaltung sowie die Themen Migration und europäische Wertegemeinschaft auf. Verstärkt wurde außerdem die Forderung nach einer Beteiligung der jungen Generation.

Das AdR-Plenum nahm überdies eine Stellungnahme zur Stärkung der Rechtsstaatlichkeit an, in der sich viele von der Landesregierung vertretenen Forderungen wiederfinden.

V. Zusammenarbeit mit Frankreich

Teilnahme von Herrn Staatssekretär a.D. Ratzmann an der konstituierenden Sitzung des Ausschusses für grenzüberschreitende Zusammenarbeit nach Artikel 14 Vertrag von Aachen

Am 22. Januar 2020 nahm Herr Staatssekretär a.D. Ratzmann an der konstituierenden Sitzung des deutsch-französischen Ausschusses für grenzüberschreitende Zusammenarbeit im Hambacher Schloss teil. Bei dieser erstmaligen Zusammenkunft aller Ausschussmitglieder konnte die Geschäftsordnung konsentiert werden. Diese wurde unter Federführung des Auswärtigen Amtes mit Baden-Württemberg, Rheinland-Pfalz und dem Saarland sowie mit den betroffenen Bundesressorts in einem umfangreichen Prozess abgestimmt, bei welchem sich Baden-Württemberg intensiv in die Verhandlungen einbrachte.

Ein Erfolg dieser Bemühungen ist die Festlegung auf den Standort Kehl als Sitz des gemeinsamen Sekretariats des Ausschusses. Auch für die inhaltliche Ausschussarbeit konnten bei der konstituierenden Sitzung erste Grundsteine gelegt werden, indem ein Arbeitsprogramm beschlossen wurde. Für die Themen „Novellierung des Mondorfer Abkommens“ und „Arbeitnehmerentsendung“ ist Baden-Württemberg Berichterstatter. Im Rahmen von Arbeitsgruppen sollen Lösungsvorschläge für spezifische Hindernisse im Grenzraum erarbeitet werden. Anfang März fanden zwischen dem Staatsministerium und dem Ministerium für Inneres, Digitalisierung und Migration sowie dem Ministerium für Wirtschaft, Arbeit und Wohnungsbau erste Gespräche dazu statt.

Grenzraumkonferenz

Am 30. Januar 2020 kamen Vertreterinnen und Vertreter der Gebietskörperschaften der französischen Nachbarregion Grand Est sowie der Landesregierung auf Einladung von Herrn Ministerpräsidenten zu einer Konferenz zur grenzüberschreitenden Zusammenarbeit in Stuttgart zusammen. Im Vorfeld besichtigte eine größere Gruppe der französischen Delegation, in Begleitung von Staatssekretär a.D. Ratzmann und Staatssekretärin Olschowski, das Cyber Valley in Tübingen. Insgesamt nahmen rund 50 Personen an der Konferenz teil.

Die französische Seite war unter anderem mit dem Präsidenten der Region Grand Est, Jean Rottner und der Präsidentin des Departements Haut-Rhin, Brigitte Klinkert, vertreten. Aus Baden-Württemberg nahmen neben Herrn Ministerpräsident auch Herr Minister Hermann, Herr Staatssekretär a. D. Ratzmann, Frau Staatssekretärin Schütz, Herr Staatssekretär Dr. Baumann, Frau Staatssekretärin Olschowski sowie Herr Staatssekretär Schebesta und Frau Landespolizeipräsidentin Dr. Hinz an der Konferenz teil. Auch das Regierungspräsidium Karlsruhe, das Regierungspräsidium Freiburg sowie die Oberbürgermeister von Freiburg und Karlsruhe waren vertreten. Ziel der Konferenz war es, die bereits erfolgreich bestehende grenzüberschreitende Zusammenarbeit

darzustellen - vor allem in den Themenbereichen KI, Industrie 4.0, Bildung, Wissenschaft, Mobilität, Sicherheit und Umwelt - sowie Möglichkeiten für die Vertiefung der künftigen Zusammenarbeit zu erörtern. Im Zuge dessen wurden den französischen Partnern erstmalig Ausschnitte der Planungen zur Umsetzung der Frankreich-Konzeption durch die jeweils zuständigen Ressorts vorgestellt.

Coronakrise in der Nachbarregion Grand Est

In Krisenzeiten bewähren sich die Kommunikationsstränge der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit mit Frankreich mehr denn je und es ist der Landesregierung auch in der Ausnahmesituation gelungen, ein Signal für den Zusammenhalt in Europa zu senden. Das zeigt sich in regelmäßigen Telefonschaltkonferenzen auf Arbeitsebene mit den französischen Partnern sowie Kollegen aus Rheinland-Pfalz und dem Saarland, wo konkrete Problemfälle im grenzüberschreitenden Bereich ausgetauscht und rasch gelöst werden. So konnte mit der Versorgung französischer COVID-19-Patienten in baden-württembergischen Kliniken wertvolle Hilfestellung geleistet und Schwierigkeiten im Grenzraum, die insbesondere die Grenzpendler und Teile des Güterverkehrs betrafen, gelöst werden.

VI. Grenzüberschreitende Zusammenarbeit

Internationale Bodenseekonferenz (IBK)

Die für den 19. März 2020 geplante Sitzung des Ständigen Ausschusses unter dem Vorsitz des Landes Vorarlberg musste aufgrund der aktuellen Lage abgesagt werden. Stattdessen wurden relevante Punkte im Rahmen eines schriftlichen Umlaufverfahrens bis Ende März beschlossen. Dadurch war es beispielsweise möglich, die Planungen für das 50-jährige Jubiläum der IBK im Jahr 2022 oder für das 10-jährige Jubiläum des IBK-Kleinprojektfonds in diesem Jahr voranzutreiben.

Als Nachfolgeprojekt für das Projekt „Low-Tech-Gebäude“ im Schwerpunkt 6 „Einmaliger Natur- und Landschaftsraum“ des Leitbilds 2030, welcher auch eine Weiterentwicklung der Strategie Energie und Klima der IBK anhand der Beschlüsse des Pariser Klimaschutzabkommens aus dem Jahr 2015 vorsieht, wurde ein neues Projekt beschlossen. Dieses sieht eine Studie vor, die den Strukturwandel im Bereich der Wärmeerzeugung von Gebäuden im Bodenseeraum durch eine Abkehr von fossilen Energien in den nächsten 20 bis 25 Jahren untersuchen soll.

Auch die Eckpunkte der IBK für die geplante Einrichtung einer Dialogplattform im Grenzraum Bodensee mit den nationalen und regionalen Ebenen der beteiligten Länder wurden beschlossen und dem Eidgenössischen Departement für Auswärtige Angelegenheiten (EDA) in der Schweiz zur weiteren Verwendung zur Verfügung gestellt.

Interreg Oberrhein

Im Berichtszeitraum fand eine Sitzung der Arbeitsgruppe am 21. Januar 2020 in Straßburg statt, bei der zwei Projekte behandelt wurden. Die Genehmigung der Projekte durch den Begleitausschuss steht jedoch noch aus. Aufgrund der aktuellen Situation ist nicht davon auszugehen, dass der dafür geplante Termin am 23. April 2020 gehalten werden kann.

Des Weiteren wurde eine Sitzung am 16. Januar 2020 für die Planungen des Programms zum 30-jährigen Interreg-Jubiläum genutzt. Das Programm plant hier gemeinsam mit den Partnern eine zentrale Jubiläumsfeier mit politischen Vertretern im November 2020 in Straßburg.

Die Planungen für die Förderperiode 2021-2027 sind auf Programmebene weiter vorangeschritten. In den Sitzungen am 21. Januar 2020 und am 3. März 2020 wurden unter anderem die Ergebnisse aus der öffentlichen Beteiligung vom November 2019 grundlegend analysiert. Dies hatte zur Folge, dass zum Teil die vorher getroffenen Bewertungen für das von der EU vorgegebene Spezifische Ziel angepasst wurden.

Auf Basis dieser Bewertungen und weiterer Informationen wurden erstmalig auch verschiedene Szenarien für eine Auswahl an Zielen für das Programm Oberrhein diskutiert.

Interreg Alpenrhein-Bodensee-Hochrhein

Im Berichtszeitraum fand anstatt der geplanten Sitzung des Lenkungsausschusses sowie der Programmierungsgruppe am 16./17. März 2020 nur eine Telefonkonferenz mit allen Partnern statt, damit die Projektauswahl durchgeführt werden konnte. Aufgrund noch verfügbarer Restmittel in Höhe von ca. 2,3 Mio. Euro konnten Antragsteller bis 31. Januar 2020 neue Projektideen einreichen. Von den 21 eingereichten Projektskizzen wurden im Rahmen der Telefonkonferenz nun insgesamt elf Projektskizzen für eine mögliche Förderung und zur Einreichung der vollständigen Antragsunterlagen ausgewählt.

Angesichts der Planungen für die neue Förderperiode 2021-2027 hat das Programm einen externen Dienstleister mit einer Ex-Ante-Evaluation beauftragt. Hierzu fand am 28. Januar 2020 ein Workshop mit dem Dienstleister und den Programmpartnern statt. Auf Basis der Ergebnisse der Ex-Ante-Evaluation wurde ein erster Entwurf eines Programms für 2021-2027 erstellt, welcher neben der Auswahl an Zielen bereits die Maßnahmenarten und die Indikatoren enthält. Bis zur finalen Verabschiedung der Verordnungen kann es noch zu Änderungen kommen, da bei einigen Vorgaben für die Interreg-Programme auf EU-Ebene noch Ungewissheit herrscht. Die geplanten Workshops im März, April und Mai 2020 mit Stakeholdern im Programmraum mussten aufgrund der aktuellen Lage abgesagt werden. Ein mögliches Ersatzformat zur Beteiligung ist in der Diskussion.

Verhandlungen EU-Verordnungen auf europäischer Ebene

Im Berichtszeitraum fanden einige technische Treffen auf EU-Ebene zur Verhandlung der ETZ-Verordnung 2021-2027 statt. Die geplanten politischen Trilogie mussten seit Februar 2020 aufgrund der Blockade des Europäischen Parlaments abgesagt werden. Dieses möchte erst nach

deutlichen Fortschritten bei den Verhandlungen des Mehrjährigen Finanzrahmens weiter über die Inhalte der Verordnungen verhandeln. Dadurch wird der Prozess weiter verlangsamt.

Das Engagement des Staatsministeriums konzentriert sich in dieser Phase insbesondere auf die Ausgestaltung der Rechtsform für Träger von Kleinprojektfonds gemäß Art. 24 Abs. 2 des Entwurfs der ETZ-Verordnung. Der aktuell vorliegende Kompromissvorschlag würde dem Wunsch nach einer Öffnung der Rechtsform, die auch Institutionen ohne grenzüberschreitende Rechtspersönlichkeit eine Trägerschaft ermöglicht, nachkommen. Eine Beschlussfassung im politischen Trilog steht jedoch noch aus. Das Staatsministerium wird den Gesetzgebungsprozess auf europäischer Ebene weiterhin eng und aktiv begleiten.

VII. Makroregionale Strategien

EU-Strategie für den Donaauraum (EUSDR)

Anlässlich der Woche der makroregionalen Strategien, die die Europäische Kommission vom 17.-21. Februar 2020 erstmals durchführte, veranstaltete auch das Staatsministerium eine öffentlichkeitswirksame Veranstaltung unter dem Titel "Die Erweiterungsperspektive der Westbalkanstaaten und die Rolle der Regionen - Welchen Beitrag leisten die makroregionalen Strategien?". Ziel der Podiumsdiskussion am 20. Februar 2020 war es, am Beispiel des Donaauraums zu diskutieren, welche Bedeutung die makroregionalen Strategien für die Länder des Westbalkans in der Praxis haben und wie diese bestehenden Instrumente noch effektiver genutzt werden können.

Diskutiert wurde auch im Lichte des neuen Vorschlages der Europäischen Kommission für eine Überarbeitung der Erweiterungsmethodologie (COM (2020) 57 final). Besonderes Augenmerk lag dabei auf der

Fragestellung, welche Rolle hier auch die Regionen und die Zivilgesellschaft spielen können, um die Länder des Westbalkans in ihrem weiteren Annäherungsprozess an Europa zu unterstützen.

Nach einer Begrüßungsrede von Frau Staatsministerin Schopper und einer Key Note von Szabolcs Horváth (Mitglied des Kabinetts von Oliver Varhelyi, Kommissar für Europäische Nachbarschaftspolitik und Erweiterung) diskutierten Nikolina Klaić (kroatische Staatssekretärin im Ministerium für Regionalentwicklung und EU Fonds), Ana Hrustanović (Botschafterin Serbien bei der EU) und Lena Andersson-Pench (Europäische Kommission, DG Regio) gemeinsam mit Staatsministerin Schopper die unterschiedlichen Facetten dieser Fragestellungen. Die Veranstaltung mit ca. 190 Teilnehmern trug dazu bei, den Beitrag der makroregionalen Strategien im Rahmen der EU-Erweiterungspolitik herauszustellen.

Ergänzend dazu führte Frau Staatsministerin Schopper zur Frage des Beitrags der Donaunraumstrategie zur Perspektive der Westbalkanländer am 20. Februar 2020 ein Fachgespräch im kleineren Kreis mit Vertretern der Europäischen Kommission, des Europäischen Parlaments, der Ständigen Vertretung und der Zivilgesellschaft. Weiterhin traf sich Frau Staatsministerin Schopper zu einem bilateralen Gespräch mit dem für die Erweiterung zuständigen Kommissar Olivér Várhelyi. Thematisch lag dabei ein Schwerpunkt auf dem sog. Embedding, der Verzahnung der politischen Strategien mit den Finanzierungsinstrumenten der EU.

Der diesjährige Donausalon in der Landesvertretung Berlin, der parallel zur Internationalen Tourismusbörse (ITB) am 5. März 2020 in Zusammenarbeit mit Bulgarien unter dem Motto „Weintourismus und Reiserouten in der Donauregion“ hätte stattfinden sollen, musste abgesagt werden.

EU-Strategie für den Alpenraum

Am 4. Februar 2020 fand in Lyon die Auftaktveranstaltung der französischen Präsidentschaft der EU-Strategie für den Alpenraum (EUSALP) statt, an der Frau Staatsrätin Erler für die Landesregierung teilnahm. Die französische EUSALP-Präsidentschaft wird gemeinsam vom französischen Staat sowie den Regionen Auvergne-Rhône-Alpes, Bourgogne-Franche-Comté und Provence-Alpes-Côte d'Azur umgesetzt. Als Querschnittsthema hat die französische EUSALP-Präsidentschaft den ökologischen Wandel zur Bewältigung des Klimawandels gewählt. In diesem Rahmen plant sie, sich mit nachhaltigem Tourismus, regionalen Lebensmitteln, nachhaltigem Verkehr, Biodiversität, der Energiewende sowie Bildungsthemen zu befassen.

Im Anschluss an die Auftaktveranstaltung tagte am 5. Februar 2020 die Generalversammlung der EUSALP, bei der ebenfalls Frau Staatsrätin Erler die Landesregierung repräsentierte. Die Generalversammlung befasste sich insbesondere mit Fragen der internen Steuerung der EUSALP und verabschiedete erste Ergebnisse der „Task Force Governance“. Die Generalversammlung griff weiterhin die von Frau Staatsrätin Erler vorgeschlagenen Formate zur Jugendbeteiligung auf Basis von Zufallsbürgern auf.

VIII. Vier Motoren für Europa

Im Rahmen der lombardischen Präsidentschaft der Vier Motoren für Europa fand am 31. Januar 2020 ein Fachaustausch zum Thema Cybermobbing und der Rolle regionaler Regierungen und territorialer Allianzen statt. Vertreter aus den vier Partnerregionen tauschten politische und projektbezogene Erfahrungen im Zusammenhang mit Cybermobbing aus. Der interdisziplinär angelegte Austausch befasste sich mit Chancen und Risiken der Digitalisierung für die Jugend sowie Erfahrungen bei der Prävention und Bekämpfung von Mobbing im Internet und in sozialen Medien und den Möglichkeiten der Zusammenarbeit der Vier Motoren für Europa in diesem Bereich.

IX. Europäische und internationale Zusammenarbeit / Auslandsreisen

Forum Gesundheitsstandort in der Landesvertretung Brüssel

Am 21. Januar 2020 eröffnete Herr Ministerpräsident in der Brüsseler Vertretung die Podiumsveranstaltung "Forum Gesundheitsstandort Baden-Württemberg - Wie eine Region die Zukunft des Gesundheitsstandortes gestaltet". Außerdem sprachen Herr Andrzej Rys, Direktor für Gesundheitssysteme, Medizinische Produkte und Innovation in der Generaldirektion Gesundheit und Lebensmittelsicherheit der Europäischen Kommission sowie die Ministerinnen und Minister Thomas Strobl, Theresia Bauer, Dr. Nicole Hoffmeister-Kraut und Manfred Lucha. Mit den Aktivitäten des Forums will sich die Gesundheitswirtschaft in Baden-Württemberg für die Chancen und Herausforderungen der Zukunft aufstellen. Dazu hat die Landesregierung ein innovatives Format geschaffen, das Silo-Denken aufbrechen und den wichtigen Brückenschlag zwischen Gesundheitsforschung, -wirtschaft und -versorgung sowie der Politik schaffen soll. Die Arbeiten des Forums wurden im Rahmen der Veranstaltung den europäischen Institutionen vorgestellt.

Besuch Vizepräsidentin Vestager im Cyber Valley

Herr Ministerpräsident Kretschmann hat am 20. Februar 2020 gemeinsam mit Frau Margarethe Vestager, Exekutiv-Vizepräsidentin der Europäischen Kommission, das Cyber Valley und das Zentrum für Personalisierte Medizin in Tübingen besucht. Frau Ministerin Bauer und Herr Minister Lucha nahmen ebenfalls an diesem Besuch teil.

Im Cyber Valley konnte Baden-Württemberg als herausragender Standort im Bereich KI vorgestellt werden. Mit Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern wurde über die europäische KI-Zusammenarbeit und den Auf- und Ausbau von anwendungsorientierten Forschungs- und Transferinstitutionen gesprochen. Thematisiert wurden auch die notwendi-

gen Rahmenbedingungen, um im internationalen Innovationswettbewerb Schritt halten zu können. Schwerpunkt des Besuchs im Zentrum für Personalisierte Medizin waren Gespräche mit Vertreterinnen und Vertretern der Wissenschaft zu den Themen „Daten aus und für die personalisierte Medizin und die Anwendung von KI zur Analyse“ sowie „Verbesserung der Versorgung durch Datennutzung in der personalisierten Medizin“.

Politische Gespräche von Frau Staatsrätin Erler in Brüssel

Frau Staatsrätin Erler führte am 20. Januar 2020 Gespräche zur Ausgestaltung der Konferenz zur Zukunft Europas in Brüssel. Dazu traf sie den zuständigen Berichterstatter im Ausschuss für interinstitutionelle Angelegenheiten des Europäischen Parlaments MdEP Daniel Freund und die Kabinettsmitglieder der zuständigen Vizepräsidentin der Europäischen Kommission Šuica, Frau Astrid Dentler und Frau Vesna Lončarić. Zur Debatte standen die Auswahl, Zusammensetzung und Methode der thematischen Bürgerforen in der Resolution des Parlamentes.

Politische Gespräche von Herrn Staatssekretär Ratzmann in Brüssel

Herr Staatssekretär a.D. Ratzmann war am 20. Januar 2020 zu Gesprächen in Brüssel zu Gast. Gemeinsam mit Herrn Diederik Samsom, Kabinettschefs des Exekutiv-Vizepräsidenten der Europäischen Kommission Frans Timmermans, Herrn Michael Hager, Kabinettschef des Exekutiv-Vizepräsidenten der Europäischen Kommission Valdis Dombrovskis, und Frau Christiane Canenbley, der stellvertretenden Kabinettschefin der Exekutiv-Vizepräsidentin Margrethe Vestager diskutierte er die europäischen Schwerpunktthemen European Green Deal und Digitalisierung. Darüber hinaus traf er auch Frau Sabine Weyand, Generaldirektorin Handel der Europäischen Kommission, und tauschte sich mit ihr über Handelsabkommen wie MERCOSUR, die Welthandelsorganisation, den Europäischen Handelsgerichtshof und das künftige Verhältnis zwischen der EU und dem Vereinigten Königreich aus.

Delegationsreise nach Indien unter Leitung von Frau Staatsministerin Schopper, Frau Staatssekretärin Olschowski und Frau Staatssekretärin Gurr-Hirsch vom 1. bis 8. Februar 2020

Frau Staatsministerin Schopper, Frau Staatssekretärin Olschowski und Frau Staatssekretärin Gurr-Hirsch reisten vom 1. bis 8. Februar 2020 mit einer Delegation aus Politik, Kultur und Landwirtschaft nach Indien. Ziele der sechstägigen Reise waren der politische Austausch sowie der Ausbau der Landespartnerschaft mit Maharashtra, die ihr fünfjähriges Jubiläum feiert. Aus diesem Anlass unterzeichnete Frau Staatsministerin Schopper eine gemeinsame Absichtserklärung mit dem Industrieminister von Maharashtra, Subash Desai, die das bisherige Memorandum of Understanding um aktuelle Themen ergänzt. Mit der Reise wurde auch an die große Wirtschafts- und Wissenschaftsdelegationsreise angeknüpft, die Herrn Ministerpräsident Kretschmann 2017 nach Indien führte.

Der 40-köpfigen Delegation gehörten aus dem Landtag Frau Thekla Walker MdL und Frau Carola Wolle MdL an. Besucht wurden die Standorte Delhi, Pune, Nagpur (nur Landwirtschaftsdelegation) und Mumbai. Die Teildelegation Kultur unter Leitung von Frau Staatssekretärin Olschowski hatte zum Ziel, Kooperationen mit Indien und Maharashtra in verschiedenen Kulturbereichen auszubauen und einen Einblick in die kulturelle Vielfalt Indiens zu erhalten. Die Landwirtschaftsdelegation unter Leitung von Frau Staatssekretärin Gurr-Hirsch konnte die Potentiale Indiens in den Bereichen der (ökologischen) Landwirtschaft erkunden.

Im Rahmen der Reise wurden gemeinsame Termine und Aktivitäten mit dem Oberbürgermeister von Karlsruhe, Herrn Dr. Mentrup, und der Bürgermeisterin von Stuttgart, Frau Dr. Sussmann, wahrgenommen. Karlsruhe und Stuttgart unterhalten intensive Städtepartnerschaften und Kooperationen mit Städten in Maharashtra (Mumbai, Pune und Nagpur).

Besonders hervorzuheben ist die politische Wahrnehmung durch Vertreterinnen und Vertreter der indischen Regierung sowie des Bundesstaates Maharashtra. In Delhi trafen die Delegationsleiterinnen mit dem Vorstand der staatlichen Denkfabrik „Niti Aayog“, Amitabh Kant, dem Staatssekretär für Kultur, Shri Yogendra Tripathi, der Staatssekretärin für ländliche Entwicklung und Landwirtschaft, Dr. Alka Bhargava sowie dem Leiter der indischen Smart-City Initiative, Kunal Kumar, zusammen. In Mumbai fanden politische Gespräche zum Ausbau der Landespartnerschaft und zur Vertiefung der Zusammenarbeit mit dem Gouverneur Bhagat Singh Koshyari, Industrieminister Subash Desai und Chief Secretary Ahoj Mehta statt.

Treffen und Besuche bei der Deutschen Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit (GIZ), dem Goethe-Institut und dem Deutschen Wissenschafts- und Innovationshaus dienten der Vertiefung fachlicher Themen. Bei einem Zusammentreffen mit indischen Gewerkschaften wurde der Fokus auf die Entwicklung der Arbeitsbedingungen in Indien und nachhaltige Lieferketten gelegt.

In Pune, wo das Kooperationsbüro des Landes Baden-Württemberg unter Leitung von Frau Iris Becker angesiedelt ist, stand die Eröffnung einer Wirtschaftskonferenz zum Thema Industrie 4.0 mit der vor Ort ansässigen Wirtschaftskammer MCCIA im Vordergrund. In diesem Rahmen wurde auch eine Kooperationsvereinbarung zu alternativen Kraftstoffen zwischen Unternehmen und Forschungseinrichtungen aus Karlsruhe und Pune unterzeichnet. Im Rahmen eines Runden Tisches traf Staatsministerin Schopper außerdem hochrangige Vertreterinnen und Vertreter von baden-württembergischen Unternehmen in Pune. Durch die Ansiedlung von mehr als 60 baden-württembergischen Firmen in Pune und den in den letzten Jahren wachsenden indischen Investitionen in Baden-Württemberg sind ein enger Wirtschaftsaustausch und ein lebendiges Netzwerk entstanden. Für Frau Staatsministerin Schopper fanden weiterhin Termine zum Thema „Women empowerment“ im Fokus statt. Hierzu wurden die „MIT World Peace University“ und eine lokale

Frauenorganisation besucht. Mit Nichtregierungsorganisationen, Frauengruppen und Studierenden wurde ein reger Austausch zu den Themen Frauenrechte und Frauenförderung geführt.

Zum Abschluss besuchten die Delegationsteilnehmerinnen und -teilnehmer traditionell das Weinfest „Stuttgart meets Mumbai“, das vom Honorarkonsul der Republik Indien, Andreas Lapp, ausgetragen wird. Ebenfalls auf dem Programm stand ein Besuch in Dharavi, dem größten Slum Asiens sowie ein Treffen mit der Organisation Don Bosco, die eine Einrichtung für Straßenkinder betreibt.

Weitere Aktivitäten im Nachgang zur Delegationsreise des Ministerpräsidenten nach Finnland und Schweden

Im Nachgang zur letztjährigen Delegationsreise nach Finnland und Schweden lud Herr Ministerpräsident Kretschmann die Delegationsteilnehmer am 28. Januar 2020 zu einem Nachtreffen ein. Aus der Landesregierung nahmen Herr Minister Hermann, Herr Staatssekretär Dr. Stegmann und Herr Staatssekretär Schebesta teil. Im Mittelpunkt standen Präsentationen und die Diskussion über die Ergebnisse und weitere Kooperationen mit Finnland und Schweden. Von Seiten des Landes stehen hierbei insbesondere die Partnerschaft mit der Region Nordfinnland/Oulu und der Austausch mit der Business Region Göteborg in Schweden im Fokus.

Der Landtag von Baden-Württemberg pflegt seit den 1990er Jahren eine intensive Partnerschaft mit der Region Nordfinnland (Hauptstadt Oulu). Diese langjährigen Beziehungen zum finnischen High-Tech-Standort Oulu wurden während der Reise des Ministerpräsidenten im September vergangenen Jahres mit der Unterzeichnung einer gemeinsamen Erklärung mit der Region Nordfinnland weiter ausgebaut. Diese sieht insbesondere vor:

- Die Stärkung von Forschungs- und Entwicklungspartnerschaften in den Bereichen KI in Forschung und Lehre, Digitalisierung in Wirtschaft und Bildung, Transformation des Automobilsektors sowie Batterieforschung,
- die Intensivierung des Austauschs in den Bereichen Gesundheitstechnologie und Medizintechnik, Holzbau und Holzarchitektur, Entwicklung des ländlichen Raumes und Landfrauenarbeit und
- ein weiteres Kooperationsfeld mit den Themen Naturschutz, Biodiversität, Klimaschutz und Energie, einschließlich einer Zusammenarbeit von Nationalparks.

Daran anknüpfend konnten beim Besuch der Generaldirektorin des Regionalverwaltungsamtes Nordfinnland, Frau Terttu Savolainen, im November 2019 in Baden-Württemberg gemeinsame Themen weiter vorgebracht werden, beispielsweise die Begründung einer Nationalparkpartnerschaft mit dem Nationalpark Schwarzwald, der Austausch im schulischen Bereich oder die Zusammenarbeit im Bereich KI mit einem Besuch im Cyber Valley.

Mit der Business Region Göteborg hat sich ein enger Austausch entwickelt, vor allem zu den Fragen der Transformation in der Automobilbranche. Für Mai 2020 war ein Delegationsbesuch der Business Region Göteborg geplant, der wegen der aktuellen Situation verschoben werden musste.

X. Entwicklungspolitik

Afrika im Blick

Im Januar 2020 wurden die Mittel der Förderlinien BWirt-Burundi vergeben. Die Förderlinie, die zivilgesellschaftliche Projekte in unserem Partnerland Burundi zugutekommt, ist im Rahmen der Initiative Afrika im Blick neu entstanden. Der Rat für Entwicklungszusammenarbeit Baden-Württemberg/REZ bekräftigte in seiner Sitzung vom 17. Februar

2020 seine Kooperationsbereitschaft bei der Umsetzung von Afrika im Blick. Weitere Maßnahmen und Veranstaltungen im Rahmen von Afrika im Blick, insbesondere eine Experten-Anhörung, die dazu dienen sollte, akteursübergreifende Maßnahmen anzustoßen, mussten wegen der Corona-Krise abgesagt oder verschoben werden.